

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Ercheint 3 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.— M., vierteljährlich 3.— M. Durch Träger und andere Vertretungen frei und sonst monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 2615, 2616, 2617. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 10 Pf., in der Provinz 1.— M.; außerhalb 20 Pf., in der Provinz 1.00 M. Seitenpreise u. Abzahl laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 146.

Mittwoch, 20. März 1918.

72. Jahrgang.

Schweres Artillerieduell bei Verdun.

Amlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. März. (Amlich).

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschuppen Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz. Zwischen der Küste und dem La Bass-Ranal dauert die rege Erkundungsstätigkeit fort. Das in diesem Abschnitt am Morgen ablaufende Artillerieduell nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. In der übrigen Front lebte die Gefechtsintensität nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Dile und Millette, nördlich von Verpoent-Bac und an einzelnen Stellen der Champagne auf.

Seereschuppen v. Gallwitz und Herzog Albrecht. Der Feuerkampf bei Verdun ging beständig weiter. Die beiderseitigen Artillerien bekämpften sich vielfach mit größerem Munitionseinsatz. Nordöstlich von Dures brachte ein Artillerieunternehmen Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind im Paroix-Walde. Das am frühen Morgen gesteigerte Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Blamont und Badonviller war die französische Artillerie rege.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Ukraine haben württembergische, zur Sicherung der von Olvoppl nach Nordosten führenden Bahn, vorgehende Truppen bei Roms Etrinka stärkere Banden im Kampfe vertrieben.

Der vertragmäßig am 19. März abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. März, mitternachts verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Endendorff.

Die Lage in Finnland.

General Mannerheims Offensive.

Kopenhagen, 20. März. (Eig. Tel. 16.)

Die eine Drahtmeldung aus Finnland besagt, ist die Offensive des Generals Mannerheim in voller Entwicklung. Der allgemeine Angriff auf Tammerfors und Björneborg hat nunmehr begonnen. Mit einer Umgehungsmanöver wurde die wichtige Station Orivesi eingenommen, die in der unmittelbaren Nähe von Tammerfors liegt. Mit dem Fall von Tammerfors, der jeden Augenblick erwartet wird, sind auch andere wichtige Punkte für die Roten Garden verloren.

Tagesbericht des Admiralstabes.

Berlin, 20. März. (Amlich).

U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Brt. Ein tief beladener, bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus fast sicherem Geschieß herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich Munitionsladung, versank augenblicklich nach der Torpedoplosion.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Holland.

Der deutsche Admiralstab über den Schiffsraub.

Berlin, 20. März. (Wolff-Rel.)

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, Admiral Koch, empfing gestern den Vertreter des Holländischen Bureaus und machte längere Ausführungen, denen wir entnehmen können:

Wir haben Grund zu der sicheren Annahme, daß das unter dem gewaltsamen Druck der Entente zwischen ihr und Holland aufgekommene Schiffsraumabkommen sich lediglich auf den Teil der holländischen Handelsflotte bezieht, der außerhalb Hollands liegt, also sich bereits in der Besitznahme der Entente befindet, aber nicht auf denjenigen Teil, über den die Holländer noch in ihren eigenen Häfen verfügen. Das sind etwa 320 000 Brutto-Registertonnen. Dieser Holland verbliebene Schiffsraum wird auf gleicher Höhe gehalten werden. Das gewaltsame Vorgehen der Entente, besonders die im letzten Augenblick ausgesetzene Forderung, daß der der Entente zur Verfügung zu stellende Schiffsraum auch innerhalb des Sperrgebietes laßen müsse, ist das beste Zeichen für die bei ihr herrschende Notlage. Die Vereinten Staaten haben für ihr Vorgehen noch einen anderen Grund. Sie beantragen den Krieg, um sich eine eigene Handelsflotte zu schaffen, deren Fehlen sie bisher als einen schwerwiegenden Mangel ihrer Weltstellung empfunden haben.

Unentschuldbare Entgleisung des Fürsten Lichnowsky.

Eitle Selbstüberhebung. — Leichtfertige Anklagen

Berlin, 19. März. (Wolff-Rel.)

Am 16. März fand im Hauptauschuss des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in der letzten Zeit auffällige in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, befaßte, die gegen die Politik der Realpolitik kurz vor dem Ausbruch des Krieges gerichtet sind.

Bei Eröffnung der Diskussion führte der Stellvertreter des Reichstages v. Baur aus: Ueber die

Entstehung und Veröffentlichung der Denkschrift habe Fürst Lichnowsky sich selbst am 15. März dem Reichstagspräsidenten gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert: „Einerseits ist bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Feind in weitere Kreise gelangten haben. Es handelt sich um wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslands- und Innenpolitik seit dem Berliner Kongress. Nach der Erklärung der Reichstagspräsidenten von Russland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die einseitigen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unter- und auch unsere Marokko- und Kleinstenpolitik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß umso weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Ergebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entwandten. Diese Bemerkungen sind für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Material oder Notizen

aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, alaube ich einlaßend, dann werden politischen Freunden, an deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie an ihrer Aufrichtigkeit, gegen die Ausdehnung unbedingter Verantwortlichkeit abzuwehren können.“ Fürst Lichnowsky schildert sodann in seinem Schreiben, wie die Denkschrift durch Andeutungen weitere Verbreitung gefunden habe, und drückt um Schutz sein lebhaftes Bedauern über den höchst unerwünschten Vorfall aus.

Mittlerweile habe der Fürst sein Abgedrucktes sich einverleibt und bewilligt erhalten, und da ihm weitestgehend keine hohe Absicht beizulegen sei, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit handele, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptauschuss Widerspruch erfolgen. Das alles namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien

dem Fürsten aus eigener Willenshaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugekommen, welche die Politik der Reichstagspräsidenten habe. Als Schlüssel für die Irrtümer und Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Uebereinstimmung der einzelnen Verdienste durch den Fürsten herausgehoben, die von einem förmlichen Doktrinaristen begleitet sei, die seine Behauptungen nicht so anerkannten, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entschiedenheit nicht falsche Ermahnungen maßgebend gewesen seien; sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm näher oder ferner, annehmbar oder unannehmbar sein könnte. Uebereinstimmung mit diesem Auge ließe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die Engländer, die wahrhaft lebendig schildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Verehrung gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die kritischen Geister Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich ihm persönlich aufgeschlossen hätten. Bei einer solchen Verkennung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst

bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst an, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers außer keine weitergehende Bedeutung beigemessen, und es sei vermerkt, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Verstoß allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungetrübtes Verhältnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung habe. Am Ende seines Rede aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei der Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben würde, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Krieg hätte von der deutschen Realpolitik durch die Einwirkung auf Österreich antworterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenutzt hätte; von Russland wäre, wenn dies geschehen, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Poli-

tik gewesen wäre, sei jetzt durch die Ausführungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt. Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, händen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv feststehenden Wahrheit. Der Redner wies dies im einzelnen nach, so für die Behauptung des Fürsten, daß Graf Moltke zum Krieg abgedrängt habe, für den am 5. Juni 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrat, für die Verleumdung des österreichischen Protokolls über diesen angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Aufsatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Russland entspringe.

Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtales habe berichtet, daß Land werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seiner Anregung entsprechend die erbliche Krone durch eine Konferenz zu beenden versucht habe, sei jetzt unverkennbar. Die Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilisierung mit einem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys in Wien befürwortet worden, wie aus den Instruktionen hervorgehe, die Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am 9. November 1916 im Hauptauschuss bekannt gegeben habe. Unglücklicherweise für den Fürsten habe er

die Denkschrift drei Monate zu früh verfaßt. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch eine Erzählung des Vorganges am 1. August 1914. Damals habe der Fürst infolge eines telephonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht anzureisen würde, falls es in dem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach dem Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Daß die Meldung des Fürsten irrtümlich war, ändere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätte, eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbefriedigten Verhältnisses Englands an der Entente, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten Lichnowsky, beabsichtigt nicht zustande gekommen.

Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wie viel bessere und einseitigere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Rat befolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freizustellen, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen könnten und so klein der von ihm in Aussicht genommene Erfolg gewesen sein möge, hätte er doch die Verpflichtung gehabt, nichts davon zu bekennen. Tatsachen widersprechendes zu behaupten und das ihm zugetragene Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt liegen, werde die Denkschrift, die doch nur beweisen solle, daß die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man andersfalls ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte und bei Uebelnachreden wie bei oberflächlichen Schanden genau zu sitzen. Jrgend welchen

historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu, der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken des Einzelnen.

An die Ausführungen des Stellvertreters des Reichstages schloß sich im Hauptauschuss eine längere Erörterung an, die eine einmütige Stellungnahme aller Redner gegen die Irrungen unteres letzten Londoner Protokolls zum Ergebnis hatte. Ein sehr treffendes Urteil sollte Abg. Gröber (Rht.), der hinwies auf die geradeaus frankhafte Offenheit des Fürsten Lichnowsky, betonen, der Fürst habe wohl nur aus diesem Gesichtswinkel die Dinge betrachtet. Von links und rechts waren auch die Stimmen

Der Bürgermeister. Buchst.